

vorwärtsEXTRA



ULF KÄMPFER

KÄMPFER FÜR ALLE.

ANPACKEN FÜR
SCHLESWIG-HOLSTEIN **SPD**

FOTO: OLAF BATHKE / GESTALTUNG: ASK

Er will ein „Kämpfer für alle“ sein. Der Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Kiel und stellvertretende SPD-Landesvorsitzende setzte sich in der Urwahl gegen die Landes- und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli durch und soll die SPD im Land in den nächsten Landtagswahlkampf führen.

Die SPD Schleswig-Holstein schickt Ulf Kämpfer ins Rennen um die Kieler Staatskanzlei - Amtierender Oberbürgermeister mit fast 80 Prozent von den Mitgliedern zum Spitzenkandidaten gewählt.

Nun ist es entschieden. In dem insgesamt dreimonatigen Prozess der Urwahl, in der die SPD Schleswig-Holstein ihre Spitzenkandidatur zur Landtagswahl bestimmen wollte, geht der Kieler Oberbürgermeister und stellvertretende Landesvorsitzende Ulf Kämpfer als deutlicher Sieger hervor. Er setzte sich mit 79,8 Prozent der Stimmen durch. 4.911 Mitglieder votierten damit für ihn. Auf seine Mitbewerberin um Platz eins zur Landtagswahl, die Landes- und Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli, entfielen mit 20,24 Prozent nur 1.246 Stimmen. Insgesamt beteiligten sich 6228 Genossinnen und Genossen an der Urwahl, 71



Ulf Kämpfer schwor während der Schleswig-Holstein-Konferenz der Nord-SPD die Führung der Partei auf den kommenden Wahlkampf ein.

Stimmen waren ungültig.

Der Landesvorstand wird nun den 53-Jährigen bei der Listenaufstellung zur Wahl zum Landtag auf Platz eins vorschlagen.

Kämpfer zeigte sich nach der Verkündung des Ergebnisses angriffslustig: „Ich will den Schwung dieses Ergebnisses mitnehmen und

dafür kämpfen, dass das Leben einfacher, bezahlbarer und gerechter wird.“

Die unterlegene Midyatli sagte nach der Entscheidung Kämpfer ihre volle Unterstützung zu. Wenige Tage nach der Ergebnisverkündung erklärte sie auch deshalb, den Landesvorsitz zur Verfügung zu stellen und

schlug Kämpfer als ihren Nachfolger vor. Für Februar 2026 ist ein Sonderparteitag für die Nachwahl der Parteitopps geplant. Im Landtag bleibt Midyatli Fraktionsvorsitzende.

Schon zwei Wochen später startete die Nord-SPD endgültig in die Wahlvorbereitungen. Bei ihrer Schleswig-Holstein-Konferenz beschrieb Kämpfer in einer Grundsatzrede seine Ziele für eine zukünftige, von der SPD geführten Landesregierung.

„Das Leben muss wieder bezahlbar werden. Das muss ganz oben auf unserer Agenda stehen“, so Kämpfer.

Dafür müsse insbesondere die SPD wieder mehr Zuversicht geben, aber auch das Schutzversprechen für die

Menschen erneuern. Der Mitschnitt seiner Rede bei der Konferenz kann auf dem Youtube-Kanal der SPD SH abgerufen werden:

<https://spd.sh/shkonferenz> ■

IN DIESER AUSGABE

- 2 MAIER GEGEN AFD** Wie Hessens Innenminister gegen Rechtsruck vorgehen will
- HAUSHALT 2026** Wie die SPD-Fraktion in das Soziale investieren will
- 3 ZUVERSICHT UND BEZAHLBARKEIT** Wie Ulf Kämpfer das Land wieder voranbringen will
- 4 VON ÖSTERREICH LERNEN** Wie Andreas Babler ein Vorbild für die Nord-SPD sein kann
- GEWÄHLT** Wie Thomas Hölck seit 13 Jahren die SPD im Kreis Pinneberg führt
- WIR GRATULIEREN** Jubilare in der SPD

AUF DEM WEG ZUM AFD-VERBOTSVERFAHREN

Warum Schleswig-Holstein den Weg für ein mögliches Verbotverfahren bereiten will

Rund 120 Gäste, viele aus der organisierten Zivilgesellschaft, folgten der Einladung der SPD-Landtagsfraktion zur Diskussion „Wehrhafte Demokratie: AfD verfassungsrechtlich überprüfen lassen“.

Bereits im Vorfeld hatte die Fraktion betont: Rechts extremismus sei eine reale Gefahr für Demokratie und Zusammenhalt. Gutachten des Bundesverfassungsschutzes belegten, dass zen-

trale Positionen der AfD der Menschenwürde widersprechen. Politische Auseinandersetzung reiche nicht aus; der Staat müsse auch seine juristischen Möglichkeiten nutzen.

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand der Landtagsbeschluss vom Oktober: Sobald das Eilverfahren zur Einstufung der AfD vor dem Verwaltungsgericht Köln abgeschlossen ist, soll eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe einen möglichen Verbotantrag vorbereiten.

Warnsignale für Radikalisierung der AfD

Thüringens Innenminister Georg Maier würdigte diesen Schritt ausdrücklich: „Der Beschluss des Landtags ist ein starkes Signal für die wehrhafte Demokratie.“ Er kündigte an, das Thema erneut in die Innenministerkonferenz einzubringen. Die zunehmende Radikalisierung der Partei, insbesonde-



FOTOS: MAXIMILIAN REIMERS

Diskutierten mit dem Publikum über Ziel und Konsequenzen eines AfD-Verbots (v.l.n.r.): SPD-Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli, Thüringens Innenminister Georg Maier und SPD-Innenpolitiker Niclas Dürbrook.

re durch den Höcke-Flügel, sowie der Anstieg rechtsextremer Straftaten seien deutliche Warnsignale. Bezeichnend sei zudem, dass die AfD in Thüringen nicht gegen ihre Einstufung als „gesichert rechtsextrem“ geklagt habe.

Serpil Midyatli, Vorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, machte klar: Auch wenn

die AfD in Schleswig-Holstein nicht im Landtag sitzt, sei der Rechtsruck im Alltag spürbar. „Die Atmosphäre wird rauer. Es wird Zeit zu handeln.“

Rechtsruck auch im Norden spürbar

Sie kritisierte die AfD scharf: Wer Menschen auf-

grund ihrer Herkunft abwerte und mit Begriffen wie „großer Austausch“ und „Remigration“ operiere, greife die Grundpfeiler der Demokratie an. „Wenn das kein Angriff auf die Menschenwürde ist, was dann? Die Menschenwürde muss gelten. Ohne Ausnahme. Immer.“ ■



Mit klarem Kurs gegen Verfassungsfeinde: Georg Maier

GÜNTHER-REGIERUNG VERSPIELT HISTORISCHE HAUSHALTSCHANCE

Nach dem Verfassungsbruch steckt die Regierung Günther endgültig in einer politischen Sackgasse. Die historischen Möglichkeiten, die sich durch die Aufhebung der Schuldenbremse auf Bun-

desebene für Verteidigung und das Sondervermögen Infrastruktur ergeben, nutzt die Landesregierung bisher lediglich, um Haushaltslöcher zu stopfen.

SPD-Fraktion will Verwaltungsgebühr für Studierende verhindern

„Der Günther-Regierung fehlt das Soziale. Mit unseren Haushaltsanträgen zeigen wir, wie wir den sozialen Zusammenhalt stärken und gleichzeitig in die Zukunft Schleswig-Holsteins investieren würden“, betont

Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli.

Zu den Haushaltsvorschlägen der SPD-Fraktion gehören die Rücknahme der Bildungskürzungen sowie die vollständige Finanzierung der Hochschulen, um Verwaltungsgebühren für Studierende zu vermeiden. Midyatli erklärt: „Es gibt keinen finanzpolitischen Grund für diese Gebühren. Bildung muss für alle zugänglich sein und nicht nur für die, die es sich leisten können.“

Darüber hinaus fordert die SPD in rund 300 Änderungs-



FOTO: SPD-LANDTAGSFRAKTION

Beate Raudies (l.) und Serpil Midyatli stellen in einer Pressekonferenz die Vorschläge der SPD-Fraktion zum Haushalt vor.

anträgen Verbesserungen in den Kitas, Maßnahmen zur Sicherung der Gesundheitsversorgung sowie ein umfassendes Paket für bezahlbares Wohnen. „Dabei

geht es um insgesamt 155 Millionen Euro, und es ist alles gegenfinanziert“, so die finanzpolitische Sprecherin Beate Raudies. ■

Impressum

HERAUSGEBER:
SPD SCHLESWIG-HOLSTEIN,
KLEINER KUHBERG 28-30,
24103 KIEL.
REDAKTION:
NINA THIELSCHER (VERANT-
WORTLICH),
ALEXANDER WAGNER
WWW.SPD.SH

EIN LAND, DAS ZUVERSICHT VERDIENT

Schleswig-Holstein ist ein tolles Bundesland. Aber Schleswig-Holstein steckt in einer Krise der Zuversicht. Denn Zuversicht setzt Vertrauen voraus. Darauf, dass Politik Dinge geregelt kriegt, im Großen wie im Kleinen.

Viele Gespräche aus den letzten Wochen mit ganz unterschiedlichen Menschen ergeben ein klares Bild: Das Vertrauen in die Handlungsfähigkeit von Politik ist angeknackst. Vieles, worauf man vertrauen muss, damit der Alltag gelingt, funktioniert nicht mehr: Die Kita öffnet nicht, weil Erzieherinnen und Erzieher ausgebrannt sind und immer öfter ausfallen. Die Bahn kommt nicht, weil Schleswig-Holstein die schlechteste Schieneninfrastruktur in ganz Deutschland hat. Kranken-

häuser zuletzt in Geesthacht gehen reihenweise pleite, und die Landespolitik schaut tatenlos zu. Und ganz besonders für Schleswig-Holstein gilt: Die Löhne sind niedrig, die Mieten hingegen steigen und steigen. Wer aber vierzig oder fünfzig Prozent seines Einkommens für Miete ausgeben muss – und das werden immer mehr – dem bleibt zu wenig übrig für ein gutes Leben und hangelt sich finanziell von Monat zu Monat, verliert Lebensqualität und Zukunftschancen. Sozialwohnungen fehlen und für die meisten jungen Familien ist der Traum vom Eigenheim längst unerfüllbar geworden.

Die vielen einzelnen Probleme verbinden sich zu einem großen Gefühl der Unsicherheit und der Unzufriedenheit. Und dieser



Ulf Kämpfer

wachsende Frust ist eine Gefahr für die Demokratie. Auch in Schleswig-Holstein, wo die AfD bei der Bundestagswahl in vielen Gegenden zweit- und mancherorts sogar stärkste Partei geworden ist. Und die Rechten sehen sich weiter im Aufwind, sie wollen nicht nur virale Videos und Diäten, sie wollen den ganzen Laden übernehmen.

Soweit dürfen wir es nicht kommen lassen. Es ist kein Naturgesetz, dass die politischen Ränder immer stärker und die demokratische Mitte immer schwächer werden.

Was hilft? Die Landesregierung, allen voran Daniel Günther, redet ständig von Optimismus und Zuversicht. Aber Zuversicht braucht Gründe. Wir müssen diese Gründe liefern: Mit Leidenschaftlicher Politik, die auf Zusammenhalt statt auf Spaltung setzt; die das Leben wieder einfacher, bezahlbar und gerechter macht. Mit Milliardeninvestitionen in den sozialen Wohnungsbau, mit Tariftreugesetz und attraktivem öffentlichen Nahverkehr, mit guter ärztlicher Versorgung auch im ländlichen Raum und mit starken Kommunen im ganzen Land. Und mit einer starken

Wirtschaft, in der erfolgreiche Unternehmen und gute Arbeit keine Gegensätze, sondern zwei Seiten einer Medaille sind.

Das hinzukriegen ist unser Job als SPD Schleswig-Holstein! Wir haben den richtigen politischen Kompass, die richtigen Grundwerte und Ziele. Die Zeit bis zur Landtagswahl werden wir nutzen, um aus unseren Ideen starke Konzepte zu entwickeln. Damit der Alltag wieder besser funktioniert und das Vertrauen wieder wächst, dass für uns, wie es im Schleswig-Holstein-Lied heißt, schon bald „ein schön’rer Morgen tagt“.

*Ulf Kämpfer
Spitzenkandidat der SPD
Schleswig-Holstein*

ANZEIGE

**SOLIDARITÄT
IST ROT.**

Unsere Stärke zeigt sich, wenn viele an einem Strang ziehen.
In der SPD-Mediathek findest Du Bilder, Videos und Materialien,
die unsere Grundwerte und Deine Arbeit strahlen lassen.



MEDIATHEK.SPD.DE

SPD Soziale
Politik für
Dich.

SOZIALE POLITIK ALS ANTWORT AUF SPALTUNG

Beim Jahresempfang der Landtagsfraktion in Kiel stand im Mittelpunkt, wie die SPD die Demokratie stärken und soziale Politik wieder ins Zentrum rücken kann.

Ehrengast Andreas Babler, Bundesparteivorsitzender der SPÖ und Vizekanzler sowie Wohnungsbauminister Österreichs, warnte vor rund 200 Gästen eindringlich vor dem wachsenden Rechtspopulismus. Er betonte auch, dass soziale Sicherheit, fairer Lohn und starke öffentliche Strukturen die beste Antwort darauf seien.

Auch die Fraktionsvorsitzende Serpil Midyatli und der Kieler Oberbürgermeister Ulf Kämpfer betonten in ihren Reden: Schleswig-Holstein brauche wieder eine Politik, die Menschen entlastet, Chancen schafft und gesellschaftlichen Zusammenhalt schützt. ■



Ulf Kämpfer, Andreas Babler und Serpil Midyatli (v.l.n.r.) beim Jahresempfang der SPD-Landtagsfraktion in der Eventlocation Güterbahnhof in Kiel.

WIR GRATULIEREN IM DEZEMBER 2025

ZUM 97. GEBURTSTAG:

Gisela Bröcker, Lübeck
Günter Obersteller, Büdelsdorf

ZUM 95. GEBURTSTAG:

Irmgard Floegel, Ahrensburg
Christa Andritzke, Borgstedt

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Klaus-Joachim Kruse, Uetersen
Christel Scheller, Kiel
Eva Danker, Büdelsdorf

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Werner Becher, Wedel

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Ingrid Schulz, Bad Schwartau
Willy Edel, Schönwalde
Ellen Fleischmann, Schenefeld
Wilfried Held, Bad Schwartau

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Erwin Treinis, Hartenholm
Heinz Nienwenhuys, Elmshorn
Ursula Klüssendorf, Wittdün
Hans-Werner Dose, Plön
Werner Reiss, Husum

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Arno Lachotzke, Eckernförde
Christel Plüschau, Wedel
Elke Seefluth, Ascheberg
Ingelore Mierau, Ratzeburg
Gerhard Koch, Neumünster
Ruth Hoppe, Wangels
Christa Kuhlmann, Lübeck

... UND IM JANUAR 2026

ZUM 98. GEBURTSTAG:

Friedrich Paulsen, Niebüll

UM 97. GEBURTSTAG:

Liselotte Mueller, Bad Oldesloe
Hannelore Fojut, Schönkirchen
Ernst-Hermann Karstens, Mel-dorf

UM 96. GEBURTSTAG:

Heinrich Roehling, Wedel

ZUM 94. GEBURTSTAG:

Willi Brockhaus, Laboe
Werner Küffen, Rantrum
Rolf Burmeister, Gremersdorf

ZUM 93. GEBURTSTAG:

Henning Schnack, Stoltenberg
Günter Bläsing, Lankau
Dietrich Oldenburg, Flensburg
Gerda Schilling, Kiel

ZUM 92. GEBURTSTAG:

Heinz Moss, Henstedt-Ulzburg
Irmgard Amort, Tremsbüttel
Siegfried Gerbitz, Neubernd
Nora Limbacher, Siek

ZUM 91. GEBURTSTAG:

Hans Steinbrück, Kremperheide
Werner Besmehn, Kröppelshagen-Fahrendorf
Hans-Günter Schultz, Kiel
Dora Albrecht, Kiel
Helene Schult, Schönkirchen
Gerhard Rottmann, Oldenburg

ZUM 90. GEBURTSTAG:

Otto Andresen, Wilster
Hans Aumann, Ottenbüttel
Hildegard Pribnow, Schleswig
Helmut Voss, Flintbek
Fritz Barnstedt, Hanerau-Hademarschen
Werner Kerlin, Neumünster
Gisela Brandt, Leezen

SPD IM KREIS PINNEBERG WÄHLT NEUEN VORSTAND

Kreisparteitag wählt Thomas Hölck erneut zum Vorsitzenden und berät umfassenden Antrag zur Friedenspolitik

Der Kreisparteitag der SPD Pinneberg setzte auf Erneuerung und Kontinuität: Thomas Hölck wurde als Kreisvorsitzender bestätigt, der den Kreisverband seit mittlerweile 13 Jahren an der Spitze führt.

Linja Voges wurde einstimmig zur neuen stellvertretenden Vorsitzenden gewählt. Der Vorstand verjüngt sich durch mehrere neue, junge Mitglieder. Die SPD im Kreis Pinneberg betont ihre Geschlossenheit, frische Ideen und eine ausgewogene Mischung aus Erfahrung und Nachwuchs im neuen Vorstand.

Zudem verabschiedete



Der neue Kreisvorstand der Pinneberger SPD (v.l.n.r.): Heidi Keck, Claudia Wittburg, Helge Neumann, Linja Voges, Yella Schulz, Thomas Hölck, Jutta Kross, Jannik Thiel, Jens von Häfen, Matti Schlotzhauer, Ernst Dieter Rossmann, Thomas Gröber. Nicht auf dem Bild: Dörte Köhne-Seiffert, Finja Schwickert.

der Parteitag einen umfassenden friedenspolitischen Beschluss, der zentrale Leitlinien für Sicherheit, Abrüs-

tung und internationale Verantwortung formuliert. Mit dem Antrag bekräftigt die SPD Pinneberg zugleich

ihren Anspruch, friedenspolitische Debatten aktiv mitzugestalten. ■